

Hanns Wienold

Indien heute

Die Armut bleibt unbesiegt

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

1. Einleitung

Indien heute: umkämpft

Indien beherbergt in der Gegenwart etwa 40 % der Weltbevölkerung, die mit weniger als 2 US-Dollar am Tag leben muss. Nimmt man diese Armutslinie zum Maßstab, dann sind 80 % der ländlichen und etwa 65 % der städtischen Bevölkerung arm, obwohl die Nation zur siebtgrößten Volkswirtschaft aufgestiegen ist. Nach dem Zensus von 2011 hatten 215 Millionen Inderinnen und Inder buchstäblich nichts, weder ein Fahrrad noch ein Transistorradio noch eine feste Unterkunft. Zwischen 400 und 600 Millionen Kinder, Frauen, Männer in bitterer bis bitterster Armut. Ihnen werden ein Dach über dem Kopf, sauberes Wasser, Zugang zu medizinischer Versorgung und hygienische Verhältnisse verwehrt. Trotz der gefüllten, pharaonischen Getreidelager des *Public Distribution Systems*, die eine Wiederholung der großen Hungersnot in Bengalen, in der unter den Augen der britischen Kolonialverwaltung etwa 3 Millionen verhungerten, verhindern sollen, hungern die Familien der Landlosen und marginalen bäuerlichen Haushalte, verhungern Witwen, deren Pensionen nicht ausgezahlt werden, oder Kinder, die keine warme Mahlzeit am Tag hatten. Akhil Gupta schätzt, dass im postkolonialen Indien jährlich etwa 2 Millionen Menschen an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten sterben. (Gupta 2012) Wie immer die Zählungen ausfallen, die Hunderte von Millionen, die statistisch als „arm“ erscheinen und unter der „Armutslinie“ leben, haben, wie auch immer, nicht genug zum Leben und bleiben einem frühen Tod überlassen. Der indische Zentralstaat und die indischen Bundesstaaten sehen dabei zu und verdecken die Misere unter dem Mäntelchen der Wohltätigkeit, das in zähen Verhandlungen, unter dem Druck massenhafter Proteste und dem Zorn der Wählerinnen und Wähler vor den Wahlen zugestanden wird. Die systemische Vernachlässigung der armen Bevölkerungsgruppen ist die indische Variante der „strukturellen Gewalt“, die auch 70 Jahre nach Abzug der britischen Kolonialverwaltung und ihres Polizei- und Repressionsapparates die Mehrheit der Bevölkerung am Boden festhält, während die kleine Schicht des neuen „Mittelstandes“ mit ihren SUVs die Luft in den Großstädten in tödliche Gase verwandelt und die Superreichen ihren Reichtum ins Ausland schaffen. Die Regierung Modi konnte (und wollte) ihr Wahlversprechen, diesen Reichtum ins Land zurückzubringen, nicht erfüllen.

Die Armut hat unter anderem deshalb eine Normalität in Indien, weil die Mehrheit arm ist. Seit dem *National Food Security Act* (NFSA) von 2013 sind 70 % der

Inder*innen auf dem Land und 50 % der Städter*innen berechtigt, monatlich pro Kopf 5 Kilo Getreide zu beziehen (Kapitel 3). Wenn damit auch das Überleben eines fünfköpfigen Haushalts nicht gesichert ist, wird der Hunger gemildert. Armut als Alltäglichkeit ist nicht in der Weise stigmatisiert wie im alten Europa, das die Armen durch körperliche Strafen (bis zum Galgen), Gefängnis oder Internierung im Armenhaus zur Lohnarbeit gezwungen hat. Die Armut ist heute vielleicht weniger sichtbar, weil die Regierungen und Stadtverwaltungen die offene Armut aus dem Tageslicht und den begrünten Innenstädten und besseren Wohnvierteln verdrängt haben. Die Programme der Modi-Regierung für ein „Sauberes Indien“ (*Swachh Bharat*) und die Verschönerung ausgewählter Viertel in ausgewählten Städten unter dem Markennamen „Smart Cities“ sind für das Schaufenster, vertiefen die Ungleichheit der Lebenssituationen und verdrängen die sogenannten *Down Trodden* an die Ränder der urbanen Regionen, indem periodisch ihre Versuche, sich in den Städten festzusetzen, durch die Räumung und den brutalen Abriss ihrer Slums ausgeradiert werden. Vor Beginn der Commonwealth-Spiele ließ die Regierung in Delhi mehr als 350 Slumsiedlungen abreißen. Auf der Grundlage eines kolonialen Gesetzes gegen Bettelerei wurden Tausende von den Straßen Delhis in *Beggars Homes* eingewiesen, wo sie bis zu zehn Jahren unter gefängnisähnlichen Bedingungen eingesperrt bleiben können. Die Polizei kreiste Obdachlose auf Plätzen und in Parks ein, brandmarkte sie mit einem roten Stempel und beförderte sie in Lastwagen und Zügen aus der Stadt.

Harsh Mander behauptet, dass die soziale Gewalt, die hier ausgeübt wird, unsichtbar bleibt, (willentlich) verdeckt wird, so dass die Armut nicht zum Skandal und der massenhaft vermeidbare Tod nicht zum öffentlichen Aufschrei führt. (Mander 2015: 4) Die Polizei geht gegen öffentliche Proteste, Streiks von Arbeitenden in der Industrie und Gruppen, die aus der hierarchischen Ordnung ausbrechen wollen, mit großer Gewalt vor und schreckt nicht vor der Anwendung ihrer Schlagstöcke zurück. Die Stimmen der Anklage und des Protests werden u.a. unter der Anschuldigung des Landesverrats (*Session*), der Verunglimpfung des Vaterlandes oder der Regierung ohne Verfahren auf Monate oder Jahre in Polizeigewahrsam genommen, wie es im Februar 2019 dem Kritiker des Kastensystems und der Gewalt gegen die Unterkasten, Prof. Anand Teltumbde, drohte. Streiks, Märsche, Versammlungen zu Hunderttausenden sind an der Tagesordnung und enden vielfach unter der offenen Anwendung von Polizeigewalt mit Toten, wie die Bauernproteste in Maharashtra in 2018. Es sind jedoch nicht die Armen, die sporadisch zum Aufstand blasen, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben wie die Bauern, die in der Lage sind, den Markt oder das staatliche Versorgungssystem zu beliefern, oder die unbezahlten Arbeiterinnen in den Anganwadis (Kapitel 12) oder die Kontraktarbeiter in den Automobilfabriken (Kapitel 7). Die Armut selbst hat keine Stimme. Ihre Opfer nehmen sich allenfalls in stummem Protest das Leben (Kapitel 16). Es gibt jedoch einige Fürsprecher*innen (NGOs, Forscher*innen, politische Gruppen und

Medien), die ihre Stimme erheben, auch wenn sie dabei unter der Beobachtung der Sicherheitsdienste stehen.

Die Regierung löst viele der sozialen Probleme durch ihre Verleugnung. Sie lässt durch Kommissionen, eine nach der anderen, die Zahl der unter einer imaginären Armutslinie Lebenden klein rechnen (Kapitel 2). Sie erklärt die Formen unfreier Arbeit (*Bonded Labour*) und die Generationen übergreifende Schuldknechtschaft für beendet, auch wenn sie in vielen Regionen weiter das Leben der landlosen Haushalte bestimmt und die Schornsteine der Ziegelfabriken, die Ihre Arbeitskräfte wie Sklaven halten, weiter rauchen (Kapitel 8). Viele Bundesstaaten erklären sich frei von „*Open Defecation*“, nachdem Millionen Trockentoiletten mit Zuschüssen des Staates errichtet wurden, obwohl diese nicht benutzt werden, da die Frage ihrer Reinigung ungeklärt ist (Kapitel 10). Im gleichen Atemzug wird das Ende des nunmehr verbotenen *Manual Scavenging* verkündet, der manuellen Latrinenreinigung, die das Los bestimmter „unreiner“ Kasten war, obwohl Tausende weiter davon leben müssen und viele in den Latrinen verunglücken (Kapitel 15). Die Regierung schenkt dagegen der tertiären Bildung hohe Aufmerksamkeit. Die von einer Elite besuchten Institutionen für das Ingenieurwesen oder Management kaschieren die am Boden liegende Elementarbildung in staatlichen Grundschulen, wo ohne ausreichende Toiletten, Lehrmittel und Lehrpersonal die Kinder der Armen beaufsichtigt werden. Die Ausgaben für die erfolgreiche Raumfahrtindustrie oder die atomare Rüstung lassen möglicherweise vergessen, dass in vielen *Primary Health Centers*, die das Rückgrat der medizinischen Versorgung auf dem Lande bilden könnten, kaum ein Bett steht (Kapitel 11).

Indiens Arme, die sich zu großen Teilen aus den ehemaligen Unterkasten, den heute sogenannten *Scheduled Castes*, aus den indigenen oder tribalen Gruppen (den sogenannten *Scheduled Tribes*), die um den Bestand der Wälder Indiens als ihrem Lebensraum, gegen die Invasion der Minenindustrie kämpfen müssen, aus den von der Hindutva-Bewegung als nicht zu Indien gehörend erklärten Moslems und nicht zum Schluss aus den landlosen Landarbeiterfamilien rekrutieren, leben wie Harsh Mander sagt, in Indien in einem Exil, das sie von den Errungenschaften der Unabhängigkeit, den Versprechungen der Industrialisierung und Urbanisierung und elementaren Institutionen einer demokratischen Gesellschaft ausschließt. In den indischen Städten leben sie weitgehend in der Illegalität. (Eckert 2014)

An den Grenzen der indischen Wohlfahrtsgesellschaft stehen die *Gate Keeper*, die Agenten des lokalen Staates, der dominanten Kasten und der landbesitzenden Klassen, die verhindern, dass von den Tischen des Reichtums zu viel für die marginalisierten Bevölkerungsgruppen abfällt oder diese sich einen ihnen verfassungsgemäß vorbehaltenen Teil sichern können. Wer als ein Abkömmling ehemaliger *Outcastes* oder *Pariabs* in die Institutionen der guten Gesellschaft vordringt, muss damit rechnen, dafür, wie der vermutlich im Juni 2016 in den Suizid getriebene Student Rohit Vemula, den höchsten Preis zu zahlen (Kapitel 14). Hunderttausende von ländlichen

Produzent*innen, kleine Farmer*innen und Landarbeiter*innen fühlen sich vom Staat und der Gesellschaft im Stich gelassen und wählen den Freitod (Kapitel 16). Ihr Land ist von der Agrarchemie ausgelaugt und vergiftet (Kapitel 17).

Die Armut ist mobil und wandert millionenfach zwischen den ländlichen Regionen und den Städten hin und her. Sie wohnt in den Baustellen oder ihre Opfer kampieren bis in die frühen Morgenstunden entlang der großen Ausfallstraßen im Freien.¹ Versteckt an Rändern der Dörfer liegen die Behausungen aus Plastikplanen und Stöcken, in denen die Familien der Saison- und Wanderarbeiter mit ihren Kindern hausen. Sie hausen unter den Fly-Overs der Großstädte und ihre Kinder belagern, sobald sie laufen können, die Autos an den Kreuzungen, deren Insassen im Wegschauen geschult sind. Im Gegensatz zu den Erfolgsmeldungen, dass die Haushalte in ganz Indien nun mit Toiletten ausgestattet sind, erklären im *Teen Age Girls* (TAG)-Report 2018 40 % der 74.000 Befragten, die 80 Millionen weibliche Teenager repräsentieren, dass sie gezwungen sind, ihre Toilette im Freien zu verrichten. (Hindustan Times, 04.02.2019: 10) Jede zweite der Teenager litt an Blutarmut und hatte einen niedrigen *Body Mass Index*, ein deutliches Zeichen der Unterernährung. In der familiären und gesellschaftlichen Hierarchie stehen die jungen Frauen weit unten.

Nach Harsh Mander bleiben die Armen in den Städten für die Augen der besser gestellten „Mittelschichten“ weitgehend unsichtbar. Die Kinder aus den guten Familien treffen nicht unmittelbar auf die Armen, außer etwa an den Ampeln und Kreuzungen, wo sie gelernt haben, sie zu sehen und doch nicht zu sehen. „This extraordinary ability to not see what is in plain sight is central to the new society’s project of exclusion.“ (Mander 2015: xxiii) Mander romantisiert seine Jugend, gibt aber zu, dass auch in den Schulen, die er in seiner Jugend besucht hat, kaum Dalits anzutreffen waren. Die Verdrängung der armen Bevölkerung vollzieht sich auch im Straßenverkehr, den die Bessergestellten mit ihren Automobilen, mindestens zwei pro Haushalt, dominieren, während die Armen auf die heruntergekommenen Busflotten, Fahrräder und Rickshaws angewiesen sind oder zu Fuß gehen. Auch in Kinos oder Theatern sind sie nicht anzutreffen. Die *Mainstream*-Zeitungen und Journale verdrängen die Armen weitgehend aus dem Bewusstsein der Mittelklasse-Jugendlichen. Als Dienstboten, Hausangestellte, Wachleute, Fahrer, Autowäscher, Gärtner, ambulante Wäscher*innen und Straßenfeger*innen sind sie mehr oder weniger stumm den Funktionen des Alltags subsumiert. Über der Masse der indischen Bevölkerung liegt eine Art „Fettschicht“, die sogenannten *Creamy Layers*, eine, relativ

1 Vielleicht handelt es sich bei denen, die am Straßenrand nächtigen, auch um solche „homeless people“, die entdeckt haben, „that the diesel exhaust fumes from passing trucks and buses were an effective mosquito repellent and protect them from the outbreak of dengue fever that had killed several hundred of people in the city.“ (Roy 2017: 256)

gesehen, schmale Schicht von zahlungskräftigen, konsumfreudigen und lebenslustigen „Mittelschichtler*innen“, denen die Zukunft Indiens zu gehören scheint, wenn nicht die Beschäftigungsaussichten für die gebildeten, studierten Kinder dieser Schichten sich mehr und mehr eintrüben würden. (Krishnan & Hateka 2017) Diese jungen Schichten von gut erzogenen, potentiellen Leistungsträger*innen sind mit stagnierenden Berufsmöglichkeiten konfrontiert. Ein Drittel der Graduierten unter 29 Jahren ist nicht beschäftigt und füllt zunehmend die Reihen der offiziell als „arbeitslos“ Geltenden. Die Wege in die „Gelegenheitsarbeitsarbeit“ (*Casual Work*), die 40% der Gleichaltrigen aus ländlichen Regionen gehen müssen, versuchen sie aus Statusgründen zu vermeiden. Nur etwa 7% eines Jahrgangs von gut 20 Millionen jungen Inderinnen und Indern erwirbt heute einen Collegeabschluss, über den sich die Eliten und die Mittelschicht im Wesentlichen reproduzieren.

Die sich als Kern der Mehrheitsgesellschaft gerierende Mittelschicht umfasst allenfalls 20% der indischen Bevölkerung, nach Schätzung des *National Council of Applied Economic Research* aus dem Jahr 2010 nicht mehr als 12%. Sie verfügen über ein Vielfaches des durchschnittlichen Einkommens. Viele investieren in den boomenden Immobilienmarkt und die Renovierung und Aufstockung ihrer urbanen Residenzen. Monatliche Mietkosten in der von der „Mittelschicht“ begehrten *Defence Colony* in Delhi belaufen sich auf das Zwanzigfache des Einkommens einer Hausangestellten aus Assam oder Kerala. Den Reichen und Superreichen gelingt es immer besser, sich immer größere Teile des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen und natürlichen Reichtums anzueignen und sie wie die Milliardäre Nirav Modi oder Vjay Mallya zum Teil mit betrügerischen Machenschaften ins Ausland zu schaffen. Im Jahr 2014 verfügten das reichste 1% über 50% des nationalen Reichtums.² Die *Hurun Global Rich List* verzeichnet für 2015 97 Dollar-Milliardäre, die meisten in einem Land nach China und den USA. (www.hurun.net/en/ArticleShow.aspx?nid=9607) Die Großkapitale, die Tata-, Essar- oder Ambani-Gruppen, sind längst in den Rang transnationaler Konzerne aufgestiegen und behandeln Indien als williges Spielfeld ihrer Interessen, wie die großzügigen Land- und Steuergeschenke des Bundesstaates Gujarat unter seinem Chiefminister Narendra Modi an diese und andere Unternehmen (etwa Ford) zeigen.³ Drèze und Sen schätzen die Höhe des entgangenen Staatseinkommens durch solche Geschenke auf etwa 5% des Bruttosozialprodukts,

2 Der Anteil des obersten 1% am Nationaleinkommen stieg von 6% im Jahr 1982/83 auf rund 23% im Jahr 2014. Dagegen entfielen nach dem *World Inequality Report 2018* auf die untere Bevölkerungshälfte nur 15% des Nationaleinkommens. (Alvaredo et al. 2018)

3 Große Teile des Landes, das in Gujarat an die Ambani-Gruppe für Preise zwischen 1 und 32 Rupien pro Quadratmeter verhökert wurde, bildeten zuvor Weideland von Dörfern an der Küste, die gleichzeitig ihre Fischereigründe verloren. (Asher 2014: 142ff.)

mehr als dreimal so viel wie für das öffentliche Gesundheitswesen ausgegeben wird. (Drèze & Sen 2014)

Die Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung (*Constituent Assembly*), auf der am 22. Januar 1947 die Richtlinien der Verfassung für ein unabhängiges Indien verabschiedet werden sollten, wurde von Jawaharlal Nehru mit den Worten eröffnet: „The first task of this Assembly is to free India through a new constitution, to feed the starving people, and to clothe the naked masses, and to give every Indian the fullest opportunity to develop himself according to his capacity.“ (zit. nach Mander 2015: xviii) Die Sorge um die Hungrigen und Mittellosen bestimmte vom Beginn des unabhängigen Indiens an die Debatte um die Verfassung des neuen Staates, nicht zuletzt auch unter dem noch nachwirkenden Eindruck der verheerende Hungersnöte der indischen Bevölkerung, denen die Kolonialregierung weitgehend tatenlos zugesehen hatte. (Davis 2001; Sen 1981) Die Sorge um die Armen ist bis in die Gegenwart bestimmendes Moment der Regierungsdiskurse. Dabei hat sich die Zahl der Armen unterhalb einer Linie, die die Grenze zum Hunger bedeutet, von der Unabhängigkeit bis heute von ca. 160 Millionen auf gut 400 bis 600 Millionen vermehrt.⁴

In Nehrus Worten klingt bereits das Moment der Versorgung einer Bevölkerung an, die sich anscheinend nicht selbst aus der Mittellosigkeit befreien kann, da ihr hierzu die Kapazitäten fehlen, die vom Staat zu entwickeln sind. Der indische Wohlfahrtsstaat, wie sich zeigen wird, ist weitgehend ein Staat, in dem die wechselnden Regierungen Wohltaten verteilen, für die sie gewählt werden wollen. Gegen diesen Staat richteten sich im Laufe der siebzig Jahre seit der Unabhängigkeit immer wieder Bewegungen, der Arbeiter*innen in den Fabriken, den Minen und den Staatsunternehmen, die Bewegungen der Frauen, der Bauern, der Dalits, die Bürgerrechtsbewegungen oder die Bewegung „Right to Food“, die an Stelle von Wohltaten verfassungsmäßig gesicherte Garantien und gesetzliche Rechte einforderten. (Drèze 2004) Die Auseinandersetzungen um die Ausformung des indischen Wohlfahrtsstaates haben sich in den letzten zwanzig Jahren intensiviert und zu wichtigen Gesetzgebungen geführt, wie etwa den *Right to Food Act* von 2013, eine späte Antwort auf die Rede Nehrus, der aber im Laufe der Verabschiedung des Gesetzes stark verwässert und eingeschränkt wurde und in vielen Bundesstaaten noch auf seine Durchsetzung wartet. In Indien steht der universalisierende Kraft (Fischer-Lescano 2013), die dem Gesetz zugeschrieben werden könnte, die Mediatisierung des Verhältnisses von Staat und Bürger*innen (*Citizens*) durch Kasten, Religionszugehörigkeit, Familienverbände und die Reklamation von primordialen Ursprüngen, die von Beginn an in der Verfassung und den Gesetzgebungen im Streit lagen, gegenüber. Das durch Dritte vermittelte Verhältnis zwischen den Bürger*innen

4 Zu den Schätzungen des Umfangs der Armutsbevölkerung in Indien vgl. Kapitel 2 in diesem Buch.

und dem Staat tritt besonders deutlich im Personenstandsrecht (Ehe, Familie, Erbe) zu Tage, macht sich aber auch in der Wohlstands- und Sozialpolitik geltend. Der verschlossene Zugang zum Gesetz verweist die (städtischen) Armen auf die *political society* (Chatterjee 2004), auf das Ringen mit den Patronen und Gatekeepern um Vergünstigungen durch materielle Zugeständnisse wie Wasseranschlüsse, Toiletten oder neuen Straßenbelag. Der Kampf um die Gleichheit der Bürger*innen vor dem Gesetz in Indien wurde angeführt von Babasaheb Ambedkar, dem der Entwurf der Indischen Verfassung zu verdanken ist, der aber in der Kastenfrage gegenüber Gandhi und Nehru unterlag. (Omvedt 1994) Zwar wurde die Praxis der sogenannten Unberührbarkeit für verfassungswidrig und strafwürdig erklärt, aber das Kastensystem selbst nicht, wie Ambedkar gegen Gandhi forderte,⁵ zerstört, sondern vor allem durch die Quotierungen der Reservierungspolitik fortgeführt und festgeschrieben. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den *Dalit Atrocities Act* von 1989 vor dem Supreme Court und im Parlament zeigen, dass die Repressionen durch Kastendiskriminierung weiterhin virulent sind und blutige Spuren in der indischen Gesellschaft hinterlassen. Die Gleichheit im Staat wurde im Wesentlichen durch das allgemeine Wahlrecht geschaffen, das aber weder ökonomische noch soziale Gleichheit herstellen konnte. Bei einer allgemeinen Anhebung des Lebensniveaus u.a. durch Sicherung von Grundnahrungsmitteln, Impfkampagnen und sanitäre Maßnahmen, die sich etwa in der Erhöhung der Lebenserwartung von 31 auf 66 Jahre niederschlug,⁶ vertiefte und verfestigte sich dennoch, wie Ambedkar vorausgesehen hatte, die ökonomische und soziale Ungleichheit.

Ökonomische Ungleichheit und soziale Repression basieren nach wie vor weitgehend auf dem Eigentum der dominanten Kasten und Klassen am Land, vor allem am Agrarland, während die abhängigen Kasten der ehemals „Unberührbaren“ und der dörflichen Arbeitsbevölkerung weiterhin weitgehend vom Eigentum am Boden ausgeschlossen bleiben. Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft nehmen in der Gegenwart neue Formen an (Breman, Guérin & Prakash 2009). Zwar wurde

5 Vgl. seine wichtige Schrift „Annihilation of Caste“ von 1936 (Ambedkar 2016). Aus Frustration über die Kastenpolitik trat Ambedkar 1955 zum Buddhismus über und mit ihm in einer Massenzeremonie viele seiner Anhänger*innen. Bis heute ist die Konversion zum Buddhismus eine Antwort der Dalits, der Nachkommen der „Unberührbaren Kasten“, auf die Ausgrenzung durch die „Mehrheitsgesellschaft“.

6 Indien nimmt damit an einer allgemeinen Steigerung des Lebenshaltungsniveaus nach dem Zerfall der Kolonialregime teil, bleibt aber in Bezug auf die Lebenserwartung bei Geburt weit hinter vergleichbaren Ländern wie China (73 Jahre), Sri Lanka (75) oder Süd-Korea (81) zurück. Ähnliche Verhältnisse finden sich für die Kindersterblichkeit, sanitäre Anlagen oder Impfungen. (vgl. zu den Daten Institute of Applied Manpower Research (2011) und *World Development Indicators* (<http://datatopics.worldbank.org/world-development-indicators/>))

in einigen Regionen großer Landbesitz aufgelöst oder begrenzt. Die Zamindars in Nordindien, die als landbesitzende Steuerpächter eng mit der Kolonialherrschaft verbunden waren, wurden in größerem Umfang enteignet, und die Prinzen und Maharajas wurden abgefunden. Die grundlegende Landreform, die Umverteilung von kultivierbarem Land durch Setzung von Besitzobergrenzen und die Abschaffung bzw. Regulierung des Pachtsystems blieben dagegen auf der Strecke oder wurden im Laufe der Zeit zurückgedreht. Viele Landeigentümer konnten sich der Aufteilung ihres Besitzes entziehen, indem sie ihn an Kinder, Verwandte und Strohmänner überschrieben, oder sie zwangen die ehemals von ihnen Abhängigen zur Rückgabe des Landes in der einen oder anderen Form. Auf dem Papier sollten etwa 12 Millionen Pächter Eigentumsrechte an ca. 8 Millionen Hektar Land erhalten. Jedoch nahmen die Landeigentümer in Voraussicht der Pachtgesetzgebungen Teile ihres Landes wieder in eigene Bewirtschaftung oder vertrieben zuvor mit Hilfe des lokalen Staates rund ein Drittel aller Pächter aus ihren Pachtverhältnissen. (Appu 1996) Die Verteilung von Land an Landlose betraf häufig nur schwer kultivierbares Brachland oder verwandelte die Allmende zum Schaden aller in Ackerland. Die schleichende oder gewaltsame Aneignung von Land und Wald in den Lebensräumen der Adivasis, die nicht über durchsetzbare Eigentumsrechte verfügen, durch staatliche und privatwirtschaftliche Projekte geht bis heute unvermindert weiter. So wurden 2002 etwa 300.000 Adivasis und andere „Waldbewohner*innen“ (sogenannte *Forest Dwellers*) von etwa 150.000 Hektar Waldland vertrieben. (Kumar & Kerr 2012) Über den gesamten Umfang der Landverluste der Adivasis gibt es keine Zahlen. Durch die großen Entwicklungsprojekte, allen voran der Bau von Staudämmen zur Elektrifizierung der aufstrebenden Wirtschaft, wurden Millionen von Landbewohner*innen enteignet, umgesiedelt und ihrem Schicksal überlassen.⁷ Der Kampf gegen das *Land Grabbing* für die freien Industriezonen (SEZ), die der Staat großen indischen und transnationalen Unternehmen zur Verfügung stellen möchte, nimmt jedoch heute an Schärfe und Breitenwirksamkeit zu. (Jenkins, Kenndy & Mukhopadhyay 2014)

Ausdruck der seit zwei Jahrzehnten anhaltenden Agrarkrise in Indien ist die Zunahme der ungleichen Landverteilung, die etwa 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe als marginalisierte und kleinbäuerliche Betriebe unter zwei Hektar jährlich nicht mehr als ein Mindesteinkommen 10.000 bis 12.000 Rupien erwirtschaften lässt, während die wenigen Betriebe mit 10 und mehr Hektar jährlich durchschnittlich 66.000 Rupien erzielen können. (Zahlen für 2016 nach dem National Sample Survey Office [NSSO], Hindustan Times 07.02.2019: 9) Die reichsten 10 % der ländlichen Haushalte verfügten 2013 über mehr als 55 % des bewirtschafteten Landes. Mindestens 60 % der noch in der Landwirtschaft engagierten Haushalte

7 Nach Schätzungen des Ministry of Rural Development wurden zwischen 1947 und 2000 etwa 60 Millionen Menschen enteignet oder umgesiedelt.

können dagegen von ihren Erträgen allein nicht überleben.⁸ An die Stelle einer Landreform tritt die zunehmende Fragmentierung des Agrarlandes, die die Reihen landloser Landarbeiter und semi-proletarischer ländlicher Haushalte schwellen lässt. Von der Regierung der *United Progressive Alliance* unter Führung der Kongress-Partei wurde vor mehr als zehn Jahren ein umfangreiches Beschäftigungsprogramm für die unterbeschäftigte Landbevölkerung unter verschiedenen Namen, zuletzt MGNREGA (Mahatma Gandhi National Employment Guarantee Act), aufgelegt, das die Einkommensarmut lindert, aber keine Perspektiven auf eine Änderung der Grundstrukturen eröffnet. (vgl. Kapitel 8)

Die Dinge haben sich in Indien verändert, wie Sen und Drèze (2013) in ihrer lesenswerten, nüchternen Abrechnung beobachten, und verändern sich stetig weiter. Dem Verfasser ist dies erfahrbar etwa auf der Straße von Delhi nach Chandigarh, auf der sich noch 1994 auf halsbrecherische Weise Träger mit sperrigen Lasten, Ochsenkarren, Fahrradfahrer, Rickshaws, Busse, Lastwagen und schnelle Autos begegneten und auf der heute auf vier bis sechs Spuren die SUVs der Mittelschicht sich gegenseitig tollkühn überholen. Zur Krise kommt es immer dort, wo der auf Seitenstraßen abgedrängte lokale Verkehr den High zu überqueren versucht und dabei auf die Gegenfahrbahn gerät. Es gibt heute in Indien Hunderte von Millionen von Mobiltelefonen, die auch dem kleinen Farmer über das Wetter Auskunft geben. Es gibt den *Right to Food Act*, die *Community Health Workers*, den *Forest Rights Act*, das allen offen stehende Mittagessen für Schüler*innen in staatlichen Schulen bis zum 16. Lebensjahr, das in einer Reihe von Bundesstaaten mit einem oder mehreren nahrhaften Eiern pro Woche angereichert wird, steigende Minimallöhne, das größte Beschäftigungsprogramm der Welt (MGNREGA) und vieles mehr, was in diesem Buch angesprochen wird. Und es gibt auch etwa jene 800 Millionen Inder*innen, die zur Bekämpfung ihres Hungers auf staatlich subventionierte Lebensmittel angewiesen sind, Schüler*innen in der achten Klasse, von denen die Hälfte nicht die Aufgaben der 5. Klasse lösen kann, Kinder und alte Frauen, die an Hunger und Entkräftung sterben oder wie Land- und Straßenarbeiter der Hitze erliegen. Die hohen Raten an unterernährten Kindern lassen auf eine allgemeine Vernachlässigung der mittellosen und armen Bevölkerung durch Staat und herrschende Klasse schließen. Für Sen und Drèze verändern sich die Dinge nicht schnell genug. Denen, die heute am Hungertuch nagen, hilft es nichts, wenn im Jahr 2040 die Armut in Indien beseitigt sein sollte.

8 Im Interim-Budget für das Jahr 2019/20 verspricht die Modi-Regierung angesichts der Wahlen zur *Lok Sabha* im Mai 2019 allen Betrieben mit einem eingetragenen Besitz von unter 2 Hektar für das kommende Haushaltsjahr ein zusätzliches Einkommen von 6.000 Rupien in drei Raten aus dem Säckel der Zentralregierung. Das sind Brosamen; für die nicht in Verbänden organisierten Landarbeiterfamilien, die *Sharecropper* oder Pächter, fällt jedoch nichts ab.

Das Tempo einer allgemeinen Aufwärtsbewegung, jenem *Trickle Down*-Effekt der Steigerung des Wohlstandes der Mittelschichten und Reichen mit ihrem Konsum, ist zu langsam, um das absolute Wachstum der Armutsbevölkerung zu stoppen. Der Wohlstand der indischen Kasten- und Klassengesellschaft speist sich aus den niedrigen Löhnen der Gelegenheitsarbeiter*innen in der Industrie, aus der Arbeit der Männer und Frauen in den *Sweat Shops* des so genannten unorganisierten Sektors, der Ausplünderung der Naturressourcen in den Wald- und Bergregionen der Adivasis und der Abschöpfung der ländlichen Überschüsse durch die Agenten des Agro- und Finanzkapitals. Letztlich wird dieser Wohlstand verteidigt mit den überkommenen Mitteln von Polizei und Armee bis hin zu Massakern und zur Lynchjustiz.

Handelt es sich um eine Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten, eine duale Ökonomie, in der Weltraumraketen und Ochsenkarren sich in getrennten Kreisläufen bewegen? Oder sind diese Ausdrucksformen einer janusköpfigen Gesellschaft, in der sich, als Spätankömmling in der globalen Kapitalakkumulation, zeigt, dass die Versprechen des Kapitalismus auf Wohlstand für alle längst gebrochen sind und Entwicklungspolitik zur Armutbekämpfung mutiert ist? Seit den neo-liberalen Reformen durch die UPA-Regierung mutiert der indische Entwicklungsstaat zu einem Makler-Staat (*Broker State*) (Levien 2018), der dem transnationalen Kapital die Türen zu Ressourcen, Märkten und Arbeitskräften weit öffnet. Der Entwicklungsstaat hat sich zurückgezogen und macht dem Wettbewerbsstaat Platz, in dem die Armen überflüssig erscheinen, da ihr Beitrag zum Reichtum unsichtbar gemacht wird.

Die von der Modi-Regierung verheißene Verwandlung Indiens in *a global manufacturing hub* mit 100 Millionen neuen industriellen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2025 liegt in weiter Ferne, wenn sie nicht ganz illusorisch ist angesichts der geringen Produktivität der Landwirtschaft, der geringen Produktivität des unorganisierten Sektors, der 80 % der Erwerbstätigen aufnimmt, und einer industriellen Warenproduktion für den inländischen Markt der Mittelschichten, die weitgehend auf Importen beruht. (Green 2019) Die immer noch boomende Bauindustrie verzeichnet in den größeren Städten 700.000 leerstehende Einheiten, und das wirtschaftliche Wachstum von ca. jährlich 6 bis 7 % wird getragen von den Sektoren, die wie die Unternehmensdienstleistungen, die Chemie und Pharmazie wenig beschäftigungsintensiv sind. 80 bis 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe sind defizitär und müssen durch Subventionen und Einkommen aus anderen Sektoren über Wasser gehalten werden.

Das Buch geht den Auswirkungen dieser strukturellen Zwänge nach, die bewirken, dass die Masse der indischen Haushalte sich nicht aus der Zone der Armut und multiplen Verletzbarkeit durch Krankheit, Dürre oder Verlust des Arbeitsplatzes befreien können. Es sind jedoch nicht nur Strukturen, die sich dem Handeln der politischen Akteure zu entziehen scheinen. Durch diese Strukturen hindurch reproduzieren sich die besitzenden Klassen und die dominanten Kasten, die die staat-

lichen Institutionen, die Spitzen des Verwaltungsapparates, der Polizei, der oberen Gerichtsbarkeit und die Führungen der Parteien fest im Griff haben. Aber auch auf der lokalen Ebene sind es die landbesitzenden Klassen und Kasten, die die Zugänge zu den Erwerbsmöglichkeiten und den öffentlichen Ressourcen kontrollieren und die unteren Schichten auf ihren Platz verweisen.

Für politisches Handeln und politische Visionen besteht jedoch in Indien ein weiter Raum. Die Unterschiede zwischen Bundesstaaten wie Kerala auf der einen und Bihar und Uttar Pradesh auf der anderen Seite zeigen, wie viel auch bei geringen Ressourcen insgesamt politischer Wille vermag, der nicht nur daran interessiert ist, die Früchte der Arbeit der Anderen abzuschöpfen. Hier entstehen Kräfte, die vielleicht in der Lage sein werden, für Indien insgesamt neue Wege aufzuweisen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Indien sind von immer neu aufflammenden Kämpfen durchzogen, den Kämpfen der Industriearbeiter*innen um gewerkschaftliche Organisation, den Kämpfen der arbeitenden Frauen in der Wirtschaft und beim Staat um Anerkennung ihrer Arbeit, von den Abwehrkämpfen der ländlichen Bevölkerungen gegen industrielle Landnahmen, den Kämpfen der indigenen Gruppen und Waldbewohner*innen gegen die Zerstörung ihrer Lebensräume, den Kämpfen der Frauenbewegung in den Familien, in der Öffentlichkeit, vor den Gerichten gegen die gewalttätigen frauenfeindlichen Übergriffe durch verbiesterte Tätergruppen, den Kämpfen der Dalits gegen handfeste und ideologische Attacken auf ihr Leben und Denken, den Kämpfen von Studierenden, Intellektuellen und politischen Aktivisten gegen nationalistische Gleichschaltung und kommunalistische Verhetzungen. Indien befindet sich an inneren und äußeren Fronten im Kriegszustand, der unkontrollierte Gewaltausübung durch Polizei, Militär und Paramilitär ermöglicht und einen Mantel der Strafflosigkeit über die Übergriffe auf zivilen Protest und Widerstand legt. Ohne Frieden an diesen Fronten werden die Menschen in Indien sich nicht aus den gesellschaftlichen Zwängen befreien können, die die Mehrheit von ihnen an der Armutsgrenze festhalten.